

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Reichspräsidentenwahl.

Allgemeine Ungewißheit.

Der Parteiausschuss und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei treten heute nachmittag um 2 Uhr zusammen. Sie werden sich mit der Frage beschäftigen, ob der Anregung, zum ersten Wahlgang einen gemeinsamen republikanischen Kandidaten aus dem bürgerlichen Lager aufzustellen, Folge gegeben, oder ob ein eigener sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt werden soll. Danach wird noch heute abend der Parteivorstand zusammentreten, um seine Beschlüsse zu fassen.

Die Bürgerblockparteien haben einen gemeinsamen Ausschuss gebildet, der unter dem Vorsitz des Präsidenten des „Reichsbürgerrats“, des königlich preussischen Ministers des Innern v. Voebell, tagt und in dem über die Auffstellung eines gemeinsamen Kandidaten verhandelt wird. Die „Zeit“ meint, in den letzten Tagen hätten sich die Namen Braun, Marx und Jarres herauskristallisiert, danach wäre Herr Jarres der Kandidat des Bürgerblocks. Die „Nationalpost“ dagegen versichert noch heute morgen, daß eine Entscheidung noch nicht gefallen sei. Außerdem weiß sie von Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei zu berichten, in denen die Absicht verfolgt wird, „eine Brücke zwischen dem Zentrum und den Aufgehenden der Rechten zu schlagen und das Zentrum zum Abgehen von der Kandidatur Marx zu veranlassen, die insbesondere in München als nicht möglich empfunden wird“.

Zur Wahl werden umfassende organisatorische Vorbereitungen notwendig sein. Nach dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung gibt es keine amtlichen Stimmzettel. Die Parteien müssen die Stimmzettel selber drucken lassen und dafür sorgen, daß überall der erforderliche Vorrat davon zur Verfügung steht. Es werden also in diesem Kampf an die persönliche Mitarbeit der Parteigenossen sehr hohe Anforderungen gestellt werden müssen.

Unentschieden ist auch die Frage des Stellvertretergesetzes. Hier hängt die Entscheidung darüber, ob Herr Luther bis in den Mai hinein die Geschäfte des Reichspräsidenten führen soll oder nicht, vom Zentrum ab. Sie wird hoffentlich so ausfallen, wie der Sinn der Verfassung es verlangt, das heißt dahin, daß ein besonderer Stellvertreter für notwendig erklärt wird, der dann sofort vom Reichstag zu wählen ist.

Die Präsidentenwahl und das Ausland.

Basel, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Baseler Nachrichten“ schreiben zur Reichspräsidentenwahl: „Die Bemühungen der Rechten um eine unpolitische Persönlichkeit kennzeichnen das Bestreben, das keinen Republikaner an der Spitze des Reiches will, aber auch keinen Präsidenten, für dessen Tun die Reichsparteien deutlich haßbar sind. Das Blatt beschäftigt sich dann mit der Wirkung der Wahl auf das Ausland und erklärt: „Wir begreifen, daß es für einen Patrioten peinlich ist, bei der Wahl des Staatsoberhauptes an den Eindruck im Ausland denken zu müssen. Aber es muß sein. Die Kölner Räumungsfrage und andere Probleme werden nicht oder für Deutschland nicht befriedigend gelöst, solange man nicht weiß, ob die Reichspräsidentenwahl dem Charakter einer reaktionären Demonstration bekommt. Schon deshalb ist es wünschenswert, daß der erste Wahlgang die Entscheidung bringt.“

Die „legitime“ Wirtschaft.

Die Schwerindustrie will freie Bahn haben.

Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie veröffentlicht folgende Resolution:

„Die in der Verknüpfung der öffentlichen Gelder bekannt gewordenen Mißgriffe sind dem Reichsverbande der Deutschen Industrie Veranlassung für die Zukunft schärfste Kontrolle und genaueste Rechnungslegung über die Verwendung der fast restlos aus der Wirtschaft stammenden überschüssigen Gelder durch wirtschaftliche Sachverständige zu verlangen. An sich muß in Zukunft die Entziehung von Ueberflüssen über das unbedingte Erfordernis hinaus durch rationelle Steuer- und Tarifpolitik unter allen Umständen vermieden werden.“

Fernerhin ist insbesondere auch die bisherige Bilanzpolitik und Finanzverwaltung der im Besitz des Reiches und der Länder befindlichen industriellen und kaufmännischen Betriebe und ihre Versorgung mit öffentlichen Mitteln zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen. Es müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß sich lebensunfähige Gebilde dieser Art nicht zum Schaden der Allgemeinheit durch öffentliche Mittel künstlich weiter am Leben erhalten werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben müssen bereits in einer unter Mitwirkung der Reichsbank zu schaffenden Stelle selbst der die künftige Anlage der öffentlichen Gelder obliegen wird, Konten dafür geschaffen werden, daß etwa verfügbare Mittel ohne unnötige Reservierung der legitimen Wirtschaft zugeführt werden.“

In dieser Resolution kommt der wahre Charakter des Reichsblocks unverhüllt zum Ausdruck. Das Privatkapital und die Schwerindustrie will unter allen Umständen die Alleinherrschaft. Die

Inflationsgewinnler wollen den von ihnen exproprierten Obligationshypotheken- und Anleihebesitzern ihre Schulden nicht zurückzahlen, sie wollen über die Gelder der Reichskasse allein verfügen (siehe Entschädigung an die Ruhrindustrie) und sie wollen keinerlei Konkurrenz öffentlicher Unternehmungen und Betriebe. Die Deutsche Volkspartei, die Partei der Unternehmerrandi und Agenten und mit ihr die Deutschnationale Volkspartei als politische Handlangerin des Reichslandbundes und der Schwerindustrie haben Order zu parieren, wenn ihre Geld- und Auftragsgeber Anweisungen geben. Die Schwierigkeiten, die im Weg stehen, werden durch eine Verleumdungskampagne gegen die Sozialdemokratie beseitigt.

Der Kampf der Industriehäuptlinge gegen die öffentliche Wirtschaft kommt auch in dem famosen Gesetz über die „gegenseitige Besteuerung des Reichs, der Länder und Gemeinden“ zum Ausdruck, in dem auch die großen Werkbetriebe der Gemeinden zur Zahlung aller Steuern herangezogen werden sollen. Damit schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Der Masse der Konsumenten wird eine ungeheure neue Steuerlast auferlegt, und dem Privatkapital soll auf diese Weise der Zugriff zu diesen Betrieben ermöglicht werden. Die verlogene Gesellschaft, die in kommunistischer Aufmachung auf knallrotem Papier Flugblätter gegen die Sozialdemokratie in Millionen verbreiten läßt, weil sie angeblich dem „internationalen jüdischen Kapital“ die Herrschaft verleiht, will in Wirklichkeit nur selbst ungehindert das Heft in der Hand haben.

Der Kampf, der zum Beispiel gegen die Deutschen Werke von der Schwerindustrie augenblicklich geführt wird, ist nur ein Teilausschnitt dieser Veruche, sich die restlose Alleinherrschaft zu sichern. Eine gefälschte, von der Schwerindustrie ausgehaltene Presse besorgt unter dem Deckmantel der „Unparteilichkeit“ die Erledigung der Vornehmste, Standesaffären, Enthüllungskampagnen, mit tiefer fittlicher Entrüstung vorgetragene Meldungen über Unregelmäßigkeiten usw., dienen alle nur dem einen Zweck, die Festung Sturmreif zu machen. Auf die Gedankenlosigkeit des Spießbürgerturns wird dabei ebenso spekuliert wie auf die Zermürbung der Arbeiterfront durch die kommunistische Hege. Die deutschnationale Propaganda in Arbeiterkreisen erfolgt ja überhaupt nur im kommunistischen Gewande und mit kommunistischen Argumenten.

Und doch werden die Herrschaften sich täuschen. Das deutsche Volk ist nicht so dumm, daß es nicht durch diese Flut von Lügen hindurch erkennt, worum es eigentlich geht. Die Hugenberg-Presse mag noch soviel Mist spritzen, sie wird nicht verhindern können, daß ihr wahrer Charakter erkannt wird und daß die Massen des Volkes sich doch wieder in einheitslicher Front gegen die Hyänen des Großkapitals sammeln.

Ben Aliba hatte unrecht!

Es ist nicht alles schon dagewesen.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß der deutschnationale Vizepräsident des Reichstages Dr. Thüring, der bekanntlich dem Antrittsbefehl des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten Ebert Mitte Januar demonstrativ ferngeblieben war, sich darüber beschwert hat, daß man ihn nicht zu der Trauerfeier für Ebert eingeladen hat.

Im Reichstag grüßte ferner das Gerücht, daß ähnliche Beschwerden von den Kronzeugen Gohert, Ehrig, Zibor Kreil, sowie von Pfarrer Koch, R. d. L. und W. d. R., eingetroffen sind.

Glänzender Wahlsieg in Lettland.

Verdoppelung der sozialdemokratischen Stimmen.

Riga, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Gemeindewahlen haben der Sozialdemokratischen Partei große Erfolge gebracht. In Riga erhielt unsere Partei 60 000 Stimmen, das sind 34 vom Hundert aller Stimmen und 37 000 Stimmen mehr als bei der vorigen Wahl. Wie besetzen 30 Mandate, davon 12 neue. Die Ergebnisse in der Provinz schließen sich denen in Riga würdig an.

Stadtratswahlen in London.

Erfolge der Arbeiterpartei.

London, 6. März. (M.B.) Die am Ritternacht bekanntgegebenen Ergebnisse der gestrigen Stadtratswahl weisen für die Arbeiterpartei einen Gewinn von 9 Sitzen und für die städtischen Reformisten oder Konservativen einen solchen von 1 Sitz auf. Letztere hatten bisher 60 Sitze, die Arbeiterpartei 25, die Progressisten 7 Sitze.

Die belgische Kammer aufgelöst.

Neuwahlen am 5. April.

Brüssel, 7. März. (M.) Die belgische Kammer hielt gestern nachmittag ihre letzte Sitzung ab. Das Parlament wird heute durch königliches Dekret aufgelöst. Die Neuwahlen sind für den 5. April ausgeschrieben.

Echo des deutschen Angebots.

Zwei Strömungen in Frankreich.

Von einem Pariser Korrespondenten wird dem „Sozialdemokratischen Pressedienst“ geschrieben:

Die Sicherheitsfrage ist jetzt in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. In den politischen Kreisen aller Richtungen, in allen Blättern wird über das, was die Öffentlichkeit bisher von den deutschen Angeboten erfahren hat, diskutiert. An der Leidenschaftlichkeit, mit der diese Diskussion geführt wird, erkennt man am besten, wie sehr die mit der Sicherheit zusammenhängenden Fragen die Geister beschäftigen. Je nach der allgemeinen politischen Auffassung der einen und anderen ist auch die Stellungnahme gegenüber den von deutscher Seite gemachten Angeboten verschieden. Die Presse des Nationalen Blocks tobt gegen jede Sonderverhandlung mit Deutschland — die Linkspresse stellt sich auf den Standpunkt, daß eine ernsthafte, vom Willen zur Verständigung besetzte Prüfung der Vorschläge erfolgen muß — die große Boulevardpresse schwankt.

Die Hauptthesen, wie sie formuliert werden, lassen sich ungefähr folgendermaßen zusammenfassen: „Deutschland will uns aufs Glatteis führen“ — so erklärt man im Lager des Nationalen Blocks — „sucht zwischen Frankreich und den in Mitteleuropa gelegenen nach dem Krieg entstandenen Staaten, wie Polen und der Tschechoslowakei, die Brandfackel zu schleudern, indem es uns alles verspricht, was es in bezug auf die französische Ostgrenze sowieso nicht verweigern kann, um sich auf diese Weise Handlungsfreiheit vor allem Polen gegenüber zu erkauften. Hat sich das jetzt von nationalistischen Elementen regierte Deutschland erst einmal dadurch die Möglichkeit geschaffen, seine Ostgrenzen auf Kosten Polens zu verändern, so wird auch die Reihe an Frankreich kommen, denn auch die Leute, die gegenwärtig in Berlin an der Regierung sitzen, huldigen an sich der von ihnen oft und laut ausgesprochenen Theorie, daß geschriebene Verträge nichts Endgültiges seien. Deshalb haben alle sogenannten Sicherheitspakete, die das gegenwärtige Deutschland unterzeichnen würde, nur die Irreführung, die Verblendung Frankreichs zum Zweck. Das Kabinett Herriot, das schon in London Frankreichs einzige wirksame Waffe, die Ruhr, aus der Hand gab, würde ein noch schwereres Verbrechen an unserem Land begehen, wenn es sich dazu herbeiläße, den Sicherheitspakt unter den Alliierten zu ersehen durch einen Pakt, der Deutschlands Unterwürigkeit und der irgendeinen Teil der polnischen Grenze späterer deutscher Interpretationswillkür unterwürde.“

Darauf erwidern führende Elemente der Linken: „So einfach steht das Problem nicht. Jeden deutschen Vorschlag, weil er vielleicht nicht von vornherein in all seinen Teilen klar oder annehmbar erscheint, abzulehnen oder als Komödie, als Versuch der Irreführung hinzustellen, ist der ungeheuren Wichtigkeit des Zieles nicht würdig, um dessen Durchführung es sich handelt: der Schaffung eines wirklichen stabilen Friedens in Europa, der Ausschaltung jeder Kriegsmöglichkeit. Sich einfach auf den Standpunkt stellen, daß die Vorschläge der deutschen Regierung deshalb nicht ernst genommen werden dürften, weil diese Regierung sich zum Teil aus Elementen zusammensetzt, deren bisherige Haltung nicht die geringste Garantie für ihren ehrlichen Friedenswillen darstellt, wäre politisch unklug. Selbstverständlich würde einem Sicherheitspakt, der von einer ausgesprochenen Linkregierung angeboten würde, ein stärkeres moralisches Vertrauen entgegengebracht werden können und die öffentliche Meinung Frankreichs würde ihm leichter zugänglich sein. Aber die Gestaltung seiner Regierung ist eine innere Angelegenheit Deutschlands. So stark auch der Wunsch der französischen Linkrepublikaner sein mag, um der Schaffung einer wirklichen Vertrauensatmosphäre willen in Berlin ebenfalls eine linksrepublikanische Regierung am Ruder zu sehen, so wenig dürfte sich Frankreich dazu hinreihen lassen, von vornherein einen rein negativen Standpunkt einzunehmen, wenn ernsthafte Vorschläge gemacht würden, selbst wenn sie von einer Regierung stammten, deren Zusammensetzung an sich den Republikanern und Friedensfreunden kein Vertrauen einflößte.“

Man geht nicht irre, wenn man annimmt, daß diese letztere Auffassung derjenigen des Ministerpräsidenten Herriot entspricht. Allerdings wird auch Herriot wohl auf nichts eingehen, was irgendwie einer Preisgabe der „polnischen Sicherheit“ gleichkäme. Auch jene Elemente auf der Linken, die die gegenwärtige deutsch-polnische Grenzziehung und vor allem das Bestehen des „Korridors“ für nichts weniger als einen Idealzustand ansehen und die eine freundschaftliche Verständigung zwischen Polen und Deutschland zur Ausschaltung gewisser Konfliktquellen für sehr notwendig halten, würden aus vielerlei innen- und außenpolitischen Gründen gegenwärtig keinem Text zustimmen, der sich als eine Bedrohung Polens deuten ließe. Da gerade zu diesem Punkt die Andeutungen, welche die französische Presse bisher brachte, der öffentlichen Meinung nicht erlauben, ganz klar zu erkennen, um was es sich handelt, fällt es der nationalistischen und einem Teil der Boulevardpresse vorläufig leicht, alle möglichen Zweifel und Beirührungen zu erwecken. Es ist sicher, daß man in den Linkskreisen und vor allem in der sozialistischen Partei an Stelle von Sonderpakten lieber den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Lösung etwa vorhandener Konflikte im Geiste des Gen'ner Protokolls vom September 1921 gesehen hätte. Aber man ist sich klar darüber, daß gewisse Faktoren sowohl der deutschen als der internationalen Politik eine nur schrittweise Erreichung dieses Zieles heute fast unver-

meidlich erscheinen lassen. Von französischer sozialistischer Seite wird jedenfalls alles getan werden, um zu verhindern, daß irgendein Weg, der zum wirklichen Frieden, zur wirklichen deutsch-französischen Verständigung führt, nicht beschritten — irgendein Mittel, das den Völkern Europas das notwendige Gefühl nationaler Sicherheit geben kann, verworfen wird. An engherzigen Textinterpretationen darf keine ehrliche Bemühung zugunsten des Friedens scheitern; das ist sicherlich auch die Meinung der Regierung Herriot und ihrer Mehrheit.

Günstige Aufnahme des deutschen Angebots in Holland

Amsterdam, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Das deutsche Garantieangebot hat in den Niederlanden einen durchaus günstigen Eindruck gemacht. Die Blätter bezeichnen die deutschen Vorschläge als eine für Frankreich absolut vorbildliche Verhandlungsbasis. Kennzeichnend für die Haltung der niederländischen Presse sind die Ausführungen des „Notterdamschen Courant“, daß selbst bei unverändertem Mißtrauen gegen Deutschland Frankreich die jetzt vorgeschriebene Regelung annehmen müsse, denn im Falle eines Angriffs durch Deutschland würden sich England und Belgien wiederum auf die Seite Frankreichs stellen.

Macdonald gegen einen Allianzvertrag.

London, 7. März. (E.P.) Macdonald veröffentlicht im „Daily Herald“ einen Artikel, in dem er den Plan eines englisch-französischen Garantieabkommens bekämpft. Er erklärt, daß ein solcher Vertrag keinen Wert hätte und von der Arbeiterpartei sofort wieder rückgängig gemacht werden würde, wenn sie wieder zur Regierungsmacht gelangte. Ein Allianzvertrag könne nie eine andere Bedeutung haben als die Vorbereitung zu einem neuen Kriege. Wenn dieser Weg beschritten werde, so werde man rasch wieder in die Fehler der Vorkriegszeit verfallen. Nur ein allgemeiner Garantievertrag, wie ihn das Genfer Protokoll vorgesehen habe, könne eine Garantie für den Frieden darstellen.

Polnische Kriegsdrohungen.

Warschau, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Gazeta Warszawska“ nimmt in drohenden Worten zu dem von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Sicherheitspakt Stellung. Sie sagt: Die Rechtfertigung der französischen Grenze liege an der Weichselfront. Die Aufhebung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages sei der Anfang seiner völligen Vernichtung. England scheine nicht zu überlegen, daß eine Verletzung des gegenwärtigen polnischen Gebiets zum Kriege führen müsse. „Im Bewußtsein unserer Verantwortung als Organ einer Partei mit 100 Abgeordneten und als einflussreichstes Organ des Landes stellen wir fest: Alle Nationen sollen wissen, daß jeder Angriff auf unser Gebiet für uns den Krieg bedeutet.“ — Auch andere Blätter sagen, daß der von Deutschland vorgeschlagene Friedenspakt den Krieg zwischen Polen und Deutschland zur Folge haben müsse.

Noch immer...

Kreditausschuß des Reichstages.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages, der sich mit den Krediten der Post und der anderen Reichsstellen befaßt, hielt heute eine kurze Sitzung ab. Es sollen jetzt die Beziehungen der Reichspoststelle zu Barmat behandelt werden.

Der Vorsitzende teilt einen Schriftwechsel zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Preussischen Untersuchungsausschuß mit, aus dem hervorgeht, daß weitere Reichsaktien dem preussischen Senat nicht zur Verfügung gestellt werden sollen. Das Ministerium sei aber bereit, Auskünfte aus dem Akten an den Preussischen Untersuchungsausschuß zu erteilen. Der Vorsitzende, Genosse Saenger, bemerkte hierzu, daß es dem Reichsausschuß leider nicht möglich sei, einen Druck auf den preussischen Ausschuß auszuüben, damit dort künftig Angelegenheiten des Reiches nicht behandelt werden.

Weiter ist ein Schreiben aus Bielefeld eingegangen, in dem behauptet wird, der

volksparteiliche Abgeordnete Dr. Hugo habe durch Barmat und Rustker große Zuwendungen erhalten.

die zur Unterstützung der Textilindustrie in der dortigen Gegend verwendet worden seien. Das Schreiben soll dem Abgeordneten Hugo zur Beurteilung überliefert werden.

Der Vorsitzende erörtert dann die Frage der Behandlung der Fragen, die die Reichspoststelle betreffen. Alle Akten seien nicht mehr vorhanden, aber es gebe darüber soviel Material, daß jetzt in die Verhandlung eingetreten werden könne.

Es wird aber noch beschlossen, zunächst diejenigen Zeugen zu laden, die über Einzelheiten Auskunft geben können. Dann soll der frühere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt vernommen werden. Auf Anregung des Berichterstatters Dr. Pfeiffer (Bayer. Sp.) wird dem Vorsitzenden die Vollmacht dazu gegeben, mit dem Reichstagspräsidenten wegen der Ueberlassung eines größeren Raumes zur Unterbringung des Aktenmaterials zu verhandeln. Es seien so viele Akten zu erwarten, daß deren Studium geraume Zeit in Anspruch nehmen würde. — Die weiteren Verhandlungen sollen am Donnerstag der Woche beginnen, vorausgesetzt, daß der Reichstag seinen Arbeitsplan nicht ändert.

Auch in Preußen.

Auch der Preussische Untersuchungsausschuß für die Barmat-Rustker-Affäre trat heute wieder zusammen. Der Vorsitzende Dr. Leidig gab zunächst einige Umbenennungen verschiedener Ausschußmitglieder bekannt. Es soll heute die Frage der Erteilung von Einfuhrbewilligungen für die Gebrüder Barmat zur Verhandlung gebracht werden.

Dr. Leidig gibt dann ein Schreiben vom Reichswirtschaftsministerium bekannt, das die Frage der zur Verfügungstellung des Aktenmaterials nochmals geprüft habe und weiter auf dem Standpunkt stehe, daß wegen rechtlicher Bedenken und mit Rücksicht darauf, daß dem Material dem Reichsunterstützungsausschuß zur Verfügung stehen muß, dem Ersuchen des Landtags nicht stattgegeben werden kann, aber bereit sei, etwaige Fragen auf Grund der Vorgänge schriftlich zu beantworten. Weiter wird in dem Schreiben mitgeteilt, daß in der Zeit von Februar bis Juli 1919 Ausfuhrbewilligungen für Zeitungsdrukpapier vom Reichswirtschaftsministerium weder erteilt noch veranlaßt worden sind.

Mit Bezug auf die Einfuhrbewilligungen für Barmat und die Geschäfte der Reichsstellen mit ihm hört der Ausschuß hierauf zunächst den klärenden Zeugen Direktor Schwann, der seinerzeit Direktor der Reichspoststelle war. Dieser Zeuge bekennt: Die Reichspoststelle hat auf Wunsch des Reichswirtschaftsministers gegen ihren Willen zweimal Geschäfte mit der Amerigima machen müssen. Eines dieser Geschäfte liegt im Juni 1919; es handelte sich da um 10 000 Kisten amerikanischen Specks und 5000 Kisten Schweinschultern. Dieses Geschäft wurde nicht von mir, sondern von meinem Kollegen Thoms und Harms abgeschlossen. Ich weiß aber, daß Julius Barmat sehr energisch bei der Reichspoststelle auftrat, die das Geschäft nicht abschließen wollte. Die Reichspoststelle wandte sich an das Wirtschaftsministerium und hörte von dort, daß das Geschäft mit Barmat abgeschlossen werden müsse; es handelte sich dabei um politische Interessen und um solche der Kreditwährung. Das Geschäft wurde also abgeschlossen. Barmat leitete dann aber zunächst nicht, erst auf Reklamationen hin stellte er einen kleinen Posten in Rotterdam zur Verfügung.

Dabei stellte sich heraus, daß die auf dem Bielefelder erwähnte Notterdamsche Firma gar keine Waren für Barmat hatte. Wir reklamierten dann bei Barmat. Er gab uns einen anderen Lieferanten, der auf eine ganz andere Firma lautete. Nach langer Zeit bekamen wir dann endlich ganze 800 Kisten von den vertragsgemäß zu liefernden 15 000. Inzwischen hatten wir, kaufmännischen Gepflogenheiten folgend, auf Grund des Bielefelder Akzeptes bei der Commerzbank für Barmat deponiert, die aber zunächst gesperrt waren; Barmat hat dann nochmals 600 Kisten auf den Vertrag an, die aber nicht abgenommen werden konnten, weil die Ware total verdorben war. Wir wollten, da die Lieferungen anscheinend nicht herauszubekommen waren, den Vertrag annullieren, was uns auch schließlich gelang. Gegen Barmat mußten wir aber erst Arrestdrohung erlassen, um die Akzepten für uns wieder frei zu bekommen. Auf ausdrücklichen Wunsch des Reichswirtschaftsministeriums mußte die Reichspoststelle nochmals im Jahre 1920 mit Barmat ein Geschäft abschließen. Damals hatte die Reichspoststelle selbst große Speckmengen in Holland liegen. Es kam aber der große Hafenarbeiterstreik dazwischen, so daß wir unseren Speck zunächst nicht herausbekamen. Nach einiger Zeit erschien Direktor Vollchow im Auftrag des Wirtschaftsministers Robert Schmidt bei mir. Aus der Unterredung ergab sich meiner Ansicht nach, daß der Minister einen Geschäftsabschluss mit Barmat wünschte. Wir wollten aber mit Barmat überhaupt nichts zu tun haben, weil wir wußten, daß

Formags Amerigima in Holland besteuert und von der Börse bereits 1919 ausgeschlossen war.

Nicolas Siegesberichte.

Wie damals, so heute...

Von dem Obersten Nicolai, der einst in Ludendorffs Auftrag die deutsche Volksstimmung zu frischen hatte, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Nach Rückkehr von einer Reise erhalte ich Kenntnis davon, daß durch eine Anzahl Zeitungen, darunter auch die „Zitige“, die Vermutung verbreitet worden ist, ich stände einer Zentralrolle vor, von der alle Enthüllungsfaktionen über den sogenannten Barmat-Skandal ausgehen. In besonderen wird gefragt, ob es wahr sei, daß ich mich an die Schwerindustrie gewandt habe mit dem Projekt eines Spionagerfahrens großen Stiles zur Kompromittierung unerwünschter Mitglieder der deutschen Industrie und ob einige Firmen tatsächlich beträchtliche Gelder zur Verfügung gestellt hätten, um den ziemlich umfangreichen und kostspieligen Apparat zu unterhalten.“

Ich erkläre, daß ich niemals von irgend wem zu vorgenannten Zweck auch nur einen Pfennig erbeten oder erhalten habe.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erlaube ich im Abdruck dieser Erklärung.

Nicolai, Oberst a. D.

Das klingt fast ganz wie ein Siegesbericht von damals. Sieht nun Nicolai dem Spionagebureau vor oder nicht? Daß er Geld erbeten oder erhalten habe, bestreitet er. Aber wie ist das mit dem andern? Während des Krieges konnte Nicolai ja alles Unbequeme unterdrücken. Heute muß er offener sein...

Die preussische Krise.

Am Dienstag Ministerpräsidentenwahl.

Der Preussische Landtag hat sich gestern auf Dienstag vertagt und für diesen Tag die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten angelegt. Die Hoffnung der Rechtsparteien, die Geschlossenheit der Weimarer Koalition bei dieser Wahl erschüttern zu können, wird sich nicht erfüllen, es wird auch diesmal wieder ein Ministerpräsident der Weimarer Koalition gewählt werden. Es ist der einstimmige Wunsch des interfraktionellen Ausschusses der bisherigen Regierungsparteien, daß Dr. Marx wiedergewählt wird. Die Wahrscheinlichkeit einer Kandidatur Marx für den Reichspräsidentenposten ist kein Hindernis für seine Wiederwahl.

Die Deutschnationalen zerbrechen sich inzwischen den Kopf darüber, wie sie in Preußen die Verhältnisse weiter erschweren können. Sie haben einen Antrag eingebracht, der den Ministern, wenn sie nur die Geschäfte bis zur Neuwahl führen, die Vornahme selbständiger Handlungen untersagen soll. Materiell bedeutet dieser Antrag eine Verfassungsänderung. Die preussische Verfassung ist ausdrücklich so formuliert, daß ein Interregnum, wie es die Deutschnationalen schaffen möchten, nicht möglich ist. Die Rechtsparteien brauchen nur am kommenden Dienstag durch Wahl eines Ministerpräsidenten aus ihren Reihen zu beweisen, daß sie die Mehrheit haben, und alle Schwierigkeiten sind behoben.

Die größte Wut scheinen die Deutschnationalen über die Ernennung des Landrats Dr. Friedensburg zum stellvertretenden Polizeipräsidenten in Berlin zu haben. Nach dem glänzenden Verlauf der Befragung des Reichspräsidenten ist diese Wut doppelt verständlich. Näher wird den Deutschnationalen freilich ihre Demagogie gar nichts.

Benthener Geheimjustiz.

Breslau, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Strafkammer Benthens verurteilte nach einem langen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Prozeß eine Anzahl von Arbeitern, von denen nur einige Kommunisten sind, die anderen aber freigeißenisch und sogar christlich-national organisiert waren, zu Gefängnisstrafen von zwei bis neun Monaten wegen verbotenen Waffenbesitz und Vergehen gegen das Republikenschutzgesetz. Irrendwache Einzelheiten über den Prozeß waren wegen des völligen Ausschusses der Öffentlichkeit nicht mit Sicherheit zu erfahren.

Ein Blick ins Jenseits.

Von der „Tribüne“ aus.

Die drei Akte des Schauspiels „Heberfahrt“ von Sutton Kane spielen im Rauchsalon eines Heberseedampfers. Die Reise ist aber keine alltägliche, sondern im Gegenteil eine durchaus ungewöhnliche. Es ist sogar, wie die Passagiere plötzlich merken, eine höchst unheimliche Reise. Zunächst herrscht auf dem Dampfer jamose Stimmung; man trinkt Whisky, raucht Zigaretten, man sagt sich gegenseitig unangenehme Wahrheiten und was man so tut, um es sich so gemütlich wie möglich zu machen. Auffallend ist nur, daß die Passagiere einen zerfahrenen Eindruck machen. Keiner weiß, wohin er eigentlich reisen will. Einer von ihnen schließt aus diesen sonderbaren Anzeichen, daß sie alle miteinander tot sind, eine Vermutung, deren Richtigkeit der Steward vollumfänglich bestätigt. Als es zur Beweiskraft wird, daß die Fahrt zum Himmel oder zur Hölle geht, bemächtigt sich der Passagiere eine Panik, einmal, wie ihnen glaubhaft versichert wird, eine hochnotpeinliche Prüfung bevorsteht. Der Großkaufmann und Abgeordnete Bingley beruft einen Reisendental ein, der in bewegter Sitzung beschließt, daß sie nicht tot sind. Wie nicht anders zu erwarten ist, nützt ihnen dieser Beschluß nichts; keiner entgeht der Prüfung, die übrigens gar nicht so schlimm abläuft und beweist, daß man auch in der Hölle über jeden modernen Komfort verfügt.

Das Schauspiel des Engländers Sutton Kane ist zweifellos interessant, wenngleich nicht so originell, wie die Theaterleitung anzunehmen scheint. Rudolf Lothar hat einen Einakter „Abenteuer nach dem Tode“ geschrieben, in dem es ähnlich zugeht. Der Dialog des englischen Schauspiels ist wichtig, die Charakterisierung der einzelnen Menschentypen schlagkräftig und amüsant, die Handlung packend und zugleich angenehm gruselig. Was den Blick hinter die Kulissen des Jenseits anbetrifft, so ist es unwahrscheinlich, daß Sutton Kane mehr weiß als wir andern. Er soll sich auch nicht etwa einbilden, er hätte eine besonders tiefgründige Vorstellung von dem, was nach dem Tode kommt. Das Lebensrätsel hat er nicht gelöst. Denn die Toten rufen sich weiter ab, bloß nicht auf der Erde, sondern im Jenseits. Was für ein Sinn dahintersteckt, wissen wir immer noch nicht. Und zu den Prinzipien bei der Beurteilung hat er sich die Moralgesetze der Jugendschriftsteller zu Hilfe geholt, was natürlich ein bißchen kitschig wirkt. Warum übrigens alle Figuren über die Tatsache des Gestorbenseins entsetzt sind, ist nicht recht ersichtlich. Eine Aenderung ihrer bisherigen Lebenslage ist im hohen und ganzen nicht eingetreten.

Die Darstellung, die unter der Regie des Direktors Eugen Robert stand, ist ein Genuß. Lucie Höllisch spielt ein altes Mütterchen mit einer Wärme des Gefühls und einer Natürlichkeit des Ausdrucks, daß manchem Theaterbesucher die Tränen entlockt werden. Konrad Heidt gab einen zynischen Lebemann. Die schlot-

ternde Angst, die sich aus seinen Mienen und aus seiner Stimme ergab, ist ein packendes Erlebnis. Der Schluß des Schauspiels zieht sich so in die Länge, daß man schließlich zur Vermutung gedrängt wird, daß auch der Bediener des Vorhangs inzwischen verstorben ist. Dennoch war der Beifall bei der Premiere stark.

Ernst Degner.

„Johiwara“ im Trianon-Theater. Johiwara ist die Stadt der Liebe bei Nohohama. Johiwara, die Liebestadt, haben viele europäische Schriftsteller sich zum Vorbild genommen. Siehe Eudermanns „Blumenboot“, Hans Bachwils, dessen Stück „Johiwara“ gestern zum erstenmal im Trianon-Theater aufgeführt wurde, macht aus Johiwara eine sentimentale Geschichte. Der erste Akt ist langweilig und leer. Ein englischer Offizier kommt zu sich, der schönsten Dirne Wiens, die in einem Hause von Johiwara durch einen Chinesen feilgeboten wird. Die beiden reden lange Familienrats über Liebe und Weiber, und Sidi predigt, daß es höchst schädlich sei, wenn die Frau eine Seele habe. Hans Bachwils will uns glauben machen, daß er geistreich sei à la Oskar Wilde. Der zweite Akt läßt Hoffnungen jaghaft aufsteigen. Der englische Offizier wird von dem Chinesen durch Opium betäubt und träumt von seiner Frau in England, die seinerzeit, keusch und rein in der Hochzeitsnacht, aus Angst und Ekel vor der Bier des Mannes davonliefen ist. Aber im dritten Akt kippt alles ins Kitstliche um. Die schöne Sidi, die angeblich keine Seele hat, verliert sich in den englischen Offizier, und der Chineser, der bemerkt, daß zwischen Sidi und dem Offizier ein Zehnteilmedtel im Gange ist, erschreut den weihen Mann. Er stirbt hochdramatisch mit dem weihen Klage laut auf den Lippen: „Sidi“.

Am Trianon-Theater hat immer die Parole gelaute: Es lebe die Pflanterie! Da man anscheinend in Europa nichts Tollendes in diesem Genre auf Lager hatte, holte man sich die „Johiwara“ und wollte die Illusion erwecken, daß dieses Stück etwas ganz besonderes sei: Vaprta aus Wien. Um die Illusion noch zu erhöhen, haben die Herren Rottler das Stück mit dem knalligen Untertitel „Das Haus der Asster“ versehen. Aber auch, in dem ganzen Stück kommt nicht eine einzige Eindeutigkeit vor, alles ist von sittenstrenger Sentimentalität, und das Stammpublikum des Trianon-Theaters war enttäuscht.

Bleibst du wärst der Eindruck des Stückes, das an verschiedenen Stellen immerhin erkennen läßt, daß ein Schaffender sich ringend bemüht, nicht so mitzuteilen, wenn die Darstellung nicht versagt hätte. Rich Kaiser, Lieb gar steif und Blanche Der gan (die Glähler wurde sehr vermiff) hatte Stodschuppen. Nur Arnold Rottler zog sich mit viel Aufwand aus der Affäre. Marlin G. Sarned hatte für eine laubere Regie geforgt. R. B.

Wie Oskar Lenz seine erste Fochungsreise antret. Oskar Lenz, der berühmte Forschungsreisende, dessen Tod gemeldet wurde, war neben Georg Schweinfurth der letzte aus jener großen Zeit der Erkundung des Schwarzen Erdteils in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Seine berühmte Paratto-Expedition, die er von 1879 bis 1881 durchführte, machte ihn mit einem Schlag zum berühmten Manne. Dann hat der bescheidene Gelehrte ein langes Leben in stiller Forschung verbracht, und auch nachdem er sich wegen

Kranklichkeit in den Ruhestand zurückgezogen hatte, war er nur schwer zum Erzählen von seinen vieljährigen Reisen in Afrika zu bringen. Wenn man von ihm Abenteuer hören wollte, so führte er als sein merkwürdigstes Erlebnis die Geschichte seiner ersten Ausreise im Jahre 1874 an. Er war damals von der eben gegründeten Deutschen Afrikanischen Gesellschaft dazu auserwählt worden, eine wissenschaftliche Mission ins tropische Afrika zu führen und besonders das Ogome-Strömungssystem und die französische Kolonie Gabun zu erforschen. „Ich war damals“, erzählt er selbst, „in Hamburg und wollte von dort nach Liverpool fahren, um den Dampfer „Liberia“ nach Westafrika zu benutzen. Da ich jedoch mit meiner Ausrüstung nicht fertig wurde, so verpachte ich die Abfahrt des Dampfers und nahm daher dankbar das Anerbieten des alten Herrn Börmann, des Gründers des großen Hamburger Kaufhauses, an, auf der kleinen Segelbarke „Karl“ die Fahrt zu machen. Es war ein Segelschiff von etwa 500 Tonnen mit nur einem Duzend Menschen an Bord. Nach einer 50-tägigen Fahrt erreichte ich, ohne an Land gegangen zu sein, mein Ziel, und die erste Nacht, die ich von den Börmannschen Agenten in Gabun erhielt, war die, daß die „Liberia“ mit Mann und Maus untergegangen sei. Der Dampfer hatte seine erste Station, die Insel Madeira, nicht erreicht, so daß das Unglück wahrscheinlich in der Bay von Biscaja geschehen ist. Genaueres über die Katastrophe hat man bis auf den heutigen Tag nicht erfahren.“

Strafantrag gegen die Gebr. Rottler. Beim Landgericht III in Berlin wurde gegen die Generaldirektion der Gebr. Rottler Strafanzeige wegen Wucher erhoben. Die Verhandlung wird in der nächsten Zeit stattfinden.

Dazu erzählt eine Theaterkorrespondenz, daß es sich um das Theater des Westens in Charlottenburg handelt, das von den Gebr. Rottler als Unterpächter zu einer hohen Summe weiterverpachtet wurde. Die Forderung soll in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen, so daß von der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt wurde.

Bekanntlich ist erst vor nicht langer Zeit die „Große Volksoper“ in diesem Theater in Konkurs gegangen. Auch die Operette „Der Graf von Cocziostro“, welche unter Direktor Steinert spielte, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Gegenwärtig verhandeln die Brüder Rottler wegen Weiterverpachtung des Theaters des Westens.

Schaufführungen der Woche. Mont: Lesing-Tb. „Das Märchen“ — Dienst: Deutsches-Tb. „Die Kameliendame“ — Volkshäule: Segel am Horizont. — Mittw: Staatsoper: „Ibta“ — Quartes in der Kommandantensitz. Uffshl. — Freil: Komödie: „Der Rampe 8“

Kronia-Vorlesung. Sonnt. 6 u. 7: „Columbus-Film“. Täglich: „Mexiko-Film“. Donnerst: „Die Entwicklung des Bade-meins“.

Im Deutschen Opernhaus wird Sonntag zu ermäßigten Preisen „Die Fledermaus“ gegeben.

Für den „Ball der Bühnengemeinschaft“, der nunmehr am Mittwoch stattfindet, ist der Parnemann wieder täglich von 10 bis 2 Uhr im 800. Eingang Aderparal und im Gemeindefestgebäude, Reitsp. 11 eröffnet. Die Festvorstellung um „Lieserl“ in der Komödie ist auf den 22. März verschoben.

Wohin fährt die Reichsbahn?

Heute fällt die Entscheidung!

Der Streik in Sachsen

hat im Verlauf des Freitags ebenfalls eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Auch auf den Direktionsbezirk Erfurt hat der Streik seit Freitag mittag 12 Uhr übergegriffen. Er erstreckt sich zunächst auf Gera, Saalfeld und einige andere Orte.

Abwarten in Breslau.

Breslau, 7. März. (WZ.) In der gestrigen Versammlung der Eisenbahner wurde der „Volksmacht“ zufolge beschlossen, den Streik vorläufig noch nicht zu beginnen, sondern die Verhandlungen abzuwarten, die heute vormittag in Berlin beginnen.

In Oestrich.

Oestrich, 7. März. (WZ.) Die Lohnbediensteten Eisenbahner der Stationen Oestrich und Schönbach, überwiegend Güterbodenarbeiter, stehen seit heute früh im Streik, der gestern in einer stark besuchten Versammlung einstimmig beschlossen worden ist. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß an dem Streik nur Mitglieder des Deutschen Eisenbahnverbandes beteiligt sind. Die Zahl der Streikenden betrage zurzeit 160.

Streikdrohungen der Frankfurter Eisenbahner.

Frankfurt a. Main, 7. März. (WZ.) Die im Eisenbahnverband organisierten Eisenbahner Groß-Frankfurts hielten eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, in der sie zu der augenblicklichen Lohnbewegung Stellung nahmen. Die Lage wird als außerordentlich bedenklich bezeichnet. In einer Einschließung wird schnelle Bewilligung ihrer Forderung verlangt, andernfalls auch sie sich gezwungen sehen, in den Kampf einzutreten. Wie in der Versammlung noch mitgeteilt wurde, unterstützen auch die anderen Eisenbahnerorganisationen die Bewegung in den auswärtigen Bezirken.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Essen

Ist es — wie Witb berichtet — bisher noch nirgends zu einer Arbeitsüberlegung gekommen. Die Gewerkschaften sind übereingekommen, nur den Wessungen ihrer Spitzenverbände zu folgen und deren Entscheidung abzuwarten. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hatte gestern ihre Bezirksleiter und Funktionäre des Westens in Essen versammelt, um zu der augenblicklichen Lohnpolitischen Lage Stellung zu nehmen. Die Vertreter aus den einzelnen Bezirken wiesen auf die große Erregung hin, die unter den Eisenbahnern wegen der Lohnpolitik und der wirtschaftlichen Krise herrsche. In den Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wurde die dringende Bitte gerichtet, mit allen Mitteln die Lohnverhandlungen im günstigsten Sinne für das Eisenbahnpersonal zu Ende zu führen.

Der Deutsche Eisenbahnverband.

Elsfeld, 7. März. (WZ.) Wie der Deutsche Eisenbahnverband mitteilt, treten heute die Bezirksleitungen der westlichen Bezirke Elsfeld, Essen und Köln zusammen, um über die zentrale Führung einer eventuell ausbrechenden Streikbewegung zu beraten, falls die heute in Berlin stattfindenden Lohnverhandlungen sich zerschlagen.

Der Streik in Berlin

ist vorläufig noch beschränkt auf den Anhalter Güterbahnhof, den Schlesiern Güterbahnhof und den Lehrter Bahnhof.

Ungehörige Provokation.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ berichtet mit Genugtuung von einer

Bestrafung für die 5-Minuten-Pause.

Die Eisenbahnwerkstätten haben am Donnerstag, dem Tage von Eberts Begräbnis, 5 Minuten gefeiert, da für das Verkehrsgewerbe diese Zeit als Arbeitspause beschlossen worden war. Bei den Lohnzahlungen ist nun den Eisenbahnarbeitern eine Arbeitspause von 30 Minuten in Anrechnung gebracht und abgezogen worden. Dabei stellte sich die Verwaltung auf den Standpunkt, daß entsprechend den Strafbestimmungen für zu spätes Erscheinen auf der Arbeitsstelle der Lohnabzug auch in diesem Falle auf 30 Minuten ausgedehnt werden müsse. Diese Maßnahme hat unter den Eisenbahnern große Erbitterung ausgelöst, und ist es an einigen Stellen zu sehr erregten Szenen gekommen. Die Angelegenheit soll bei den Besprechungen mit dem Hauptvorstand der Reichsbahngesellschaft am heutigen Sonntagabend erörtert werden.

Entspricht diese Meldung den Tatsachen, dann spräche sie Bände für das Verhalten der Reichsbahnleitung. Wollen die Herrschaften Del ins Feuer gießen, um den Streik zu verallgemeinern, die Eisenbahner zur Verzweiflung treiben, um einmal ihre Entlassungspläne, weiter aber ihre Tarif-erhöhungspläne zu fördern? Von der Rechtsfrage ganz abgesehen, wäre es einfach ein Skandal, wenn mit den Eisenbahnern und dem Ansehen der Reichsbahn in dieser Weise Schindler getrieben würde. Den Verantwortlichen für diesen Streich müßte mindestens ein Monatsgehalt abgezogen werden, falls man sie nicht — wie sie es in diesem Falle redlich verdienen — mit Schimpf und Schande davonjagt. Anstatt alles daranzusetzen, eine weitere Ausdehnung der Streikbewegung zu verhindern, greift man zu derartigen Mitteln, um die Erregung bis zur Stechhöhe zu steigern. Die Eisenbahner müssen freilich die Absicht der Provokation merken und — sich nicht provozieren lassen. Es gibt Mittel und Wege genug, einer solchen scharfmacherischen Herausforderung wirksam zu begegnen.

Wo die BS.-Korrespondenz berichtet, hat heute morgen Generaldirektor Deser eingegriffen und angeordnet, daß den Arbeitern aus der Verkehrsruhe am Donnerstag ein wirtschaftlicher Schaden nicht erwachsen soll. Wo die Lohnabzüge bereits erfolgt sind, werden die einbehaltenen Beträge zurückgezahlt werden.

Der läbliche Eindruck, den diese läbliche Maßnahme machen mußte, kann damit nicht weggewischt werden.

In einem halbamtlichen Bericht über die Lohnfrage der Eisenbahner sucht die Generaldirektion ihr Verhalten zu rechtfertigen. Sie spricht u. a. davon, daß sie bereit war, die Eisenbahnerlöhne an dem Orte, wo sie unter den Industriearbeiterlöhnen liegen, entsprechend anzupassen. Verschwiegen aber wird, daß es sich auch bei diesen Löhnen nur um Hungerlöhne handelt.

und die in Frage kommende Erhöhung äußerst gering, ja überhaupt nicht nennenswert ist. Die Organisationen haben infolgedessen vollkommen recht, wenn sie ein derart minderwertiges Angebot der Hauptverwaltung ablehnen. Im übrigen geht aus dem Schlußsatz des halbamtlichen Berichts hervor, daß die Hauptverwaltung langsam die unheilvolle Wirkung ihrer Haltung doch einsehen. Sie verweist u. a. nochmals darauf, daß Lohnserhöhungen ohne Erhöhung im Personentarif nicht zu vermeiden sind.

Die Braunkohlenherren für 12stündige Arbeitszeit.

Köln, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband des rheinischen Braunkohlenreviers hat den am 27. Februar vom Reichs- und Staatskommissar Rechlich gefällten Schiedspruch in der Arbeitszeitfrage abgelehnt. Der Spruch bringt den Arbeitern ab 15. April statt der bisherigen zwölfstündigen Schicht die zehnstündige Schicht bei neunstündiger Arbeitszeit. In den Entwässerungstufen sollen von diesem Termin ab sieben bzw. acht Stunden gearbeitet werden. Die Gewerkschaften werden nunmehr beim Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beantragen.

Verbindlichkeitsklärung oder Streik.

Köln, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat nach Bekanntwerden des Beschlusses der Arbeitgeber im linksrheinischen Braunkohlenbergbau, den Schiedspruch vom 27. Februar abzulehnen, sofort telegraphisch die Verbindlichkeitsklärung des Spruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Bereits in den nächsten Tagen sollen Vorverhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung erfolgen. Die Stimmung in den Bergarbeitertreibern ist ausgezeichnet. Man verlangt die Verbindlichkeitsklärung des Spruches und läßt keinen Zweifel darüber, daß im Falle der Ablehnung durch das Reichsarbeitsministerium der Streikfall gegeben ist.

Schwellenschneider für Süddeutschland.

Auf die vor einiger Zeit erfolgte Mitteilung, daß eine süddeutsche Holzhandelsfirma 500 Schwellenschneider benötigte, haben sich beim Deutschen Landarbeiterverband mehr als die gewünschte Zahl von Arbeitern gemeldet. Der Deutsche Landarbeiterverband hat die ihm zugegangenen Meldungen, wie versprochen, dem zuständigen Landesamt für Arbeitsvermittlung übermittelt. Von diesem oder von der suchenden Firma werden die Bewerber direkt Mitteilung erhalten, wenn ihre Arbeitskraft gebraucht wird.

Verantwortlich für Text: Ernst Reuter; Bildhaft: Arthur Sabers; Gewerkschaftsbewegung: J. Gieseler; Illustration: H. D. Köhler; Fotos: und Sonstiges: Fritz Radtke; Anzeigen: H. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angegli. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsassstr. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmsdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzberg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen — Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Gardinen

Verkauf R. Witte, Wilmsdorfer Str. 66a, 6. u. 7. Etage.
Kein Laden! Konkurrenzlos
nützlich kaufen Sie im Fragenspiel
Reiche Auswahl in Bettvorlegern,
Bänken, Tisch- und Divandecken.
Besichtigung ohne Kaufzwang!
Kaufverleicherung durch Anzahlung!

Radio-Geräte

erhältlich in jeder Größe, es
zahlungserleichterung,
Lieferung, Berlin
H. G. Schlichting 124.
Zylinder im
Vorwärts
haben Erfolg!

Ausstellung

Frühjahrs-Moden

Aparte Neuheiten in Damen-Konfektion / Putz / Kleiderstoffen
Seidenstoffen / Herren-Konfektion / Schuhwaren

Bitte unsere Schaufenster-Dekorationen zu beachten

Kronenreiherr
zweitfarbig, 12 Stiele
4⁵⁰ M.

Stangenreiherr
35 cm, schwarz,
braun und weiß
95 Pf.

Moderne
Sammetblüten
sechsteilig
48 Pf.

Piquet, 18teilig
in schönen mod. Farben
85 Pf.



29⁵⁰
Neues
Wollkleid
mit bunter
Sticherei

14⁷⁵
Aparter
Frühjahrmantel

19⁷⁵
Wollkleid
m. mod. Sticherei

Cheviotkleid
mit buntem Besatz
7⁹⁰ M.

Voraberes Wollkleid
Kasakform
19⁷⁵ M.

Imprägnierter
Regenmantel
in allen Weiten
24⁵⁰ M.

Tuchmantel
mit
modern. Knopfgarnierung
29⁵⁰ M.

Am Dienstag, den 10. März, abends 7^{1/2} Uhr, veranstalten wir hier im Stadt-Café eine große Modenschau! Vorführung durch Mannequins.

H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55



Zugart-Hut
aus Lisart m. breiter
Bandparantur 3.75



Reiche
Form
Kreuz aus
Crepe Marocain
m. Strohhut 4.50



Elegante
Form
aus Seide und
Lisartstoffe m.
Wadelparantur 5.90



Lisart-Hut
m. Seidenkrempe
eleganter Band-
parantur 6.90



Gigante
Lisart-Hut
m. mod. Strohhut
u. Bandparantur 7.90



Org. Hut aus
Crepe Marocain
mit Strohhut
Blumen- u. Bandparantur 11.90



Lisart-Hut
mit Manschetten
u. Bandparantur 12.75



Fischer Hut
aus Seidenkrempe
eleganter Lisart-Hut
Hut u. Bandparantur 15.50